

Fast jeder dritte Jugendliche in Europa ist von Armut bedroht

Studie zur sozialen Gerechtigkeit stellt Nord-Süd-Gefälle fest – Deutschland nur auf Rang sieben

Gütersloh. (dpa) Kinder und Jugendliche sind nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung die Verlierer der europäischen Wirtschafts- und Schuldenkrise. 26 Millionen oder fast 30 Prozent der unter 18-Jährigen in der Europäischen Union sind demnach von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Besonders hart trifft es Spanien, Portugal, Italien und Griechenland. Dort erhöhte sich die Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen seit 2007 um 1,16 Millionen auf 7,6 Millionen.

Die Studie zur sozialen Gerechtigkeit (Social Justice Index) beleuchtet zum zweiten Mal nach 2014 die Entwicklung in allen 28 EU-Staaten anhand von 35 Kriterien. Dafür werteten die Forscher Daten der vergangenen Jahre aus.

Deutschland belegt wie bereits bei der ersten Studie nur den siebten Platz, konnte seinen Index-Wert seit 2008 – damals war die Erhebung noch nicht so umfassend wie heute – aber von 6,16 auf 6,52 verbessern. Der EU-Schnitt liegt bei 5,63. Spitzenreiter bleibt Schweden (7,23), Griechenland fällt mit 3,61 weiter zurück. Neben einer wachsenden Kluft zwischen Alt und Jung gibt es in der EU damit weiterhin ein deutliches Nord-Süd-Gefälle.

So gelten im EU-Durchschnitt derzeit 27,9 Prozent aller Kinder und Jugendlichen als von Armut oder sozialem Ausschluss bedroht. Damit liegt diese Quote höher als 2007 (26,4 Prozent). Für Spanien, Griechenland, Portugal und Italien weist die Studie einen deutliche-

ren Befund auf: Der Wert stieg seit 2007 von 28,7 auf 33,8 Prozent.

„Wir können uns eine verlorene Generation in Europa weder sozial noch ökonomisch leisten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen besondere Anstrengungen unternehmen, um die Chancen junger Menschen nachhaltig zu verbessern“, sagte Aart De Geus, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung.

Für Deutschland spricht die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt mit der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit (7,7 Prozent) im EU-Vergleich und hinter Schweden der zweithöchsten Beschäftigungsquote von 73,8 Prozent. Die Forscher bemängeln allerdings mit 40 Prozent einen zu großen Anteil von atypischen Beschäftigten.

Diese Menschen sind trotz Vollzeitjob von Armut bedroht – wegen befristeter Verträge und niedrigen Löhnen.

Der Vorsitzende der Links-Partei, Bernd Riexinger, gibt der Bundesregierung eine Mitschuld an der Entwicklung. „Die unter deutscher Federführung gnadenlos durchgesetzte Austeritätspolitik hat im Süden Europas eine Schneise der Verwüstung hinterlassen und eine ganze Generation abgehängt“, meinte Riexinger. DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell bezeichnete es als Skandal, dass in einem der reichsten Wirtschaftsräume der Welt so viele Kinder und Jugendliche betroffen sind. „Das europäische Spardiktat produziert eine verlorene Generation“, sagte er in Berlin.